

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 4. Juni 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Verjammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 64.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Döblin a. Rh., 31. Mai.

Siebenter Tag.

Der Vorsitzende Döblin eröffnet die Verhandlungen mit dem Hinweis, daß der Absatz des Punktes V (Besprechung unseres Verhältnisses zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands) mit den Änderungsanträgen zum § 1 des Verbandsstatuts sowie mit der Stellungnahme der Redaktion des „Korr.“ zur Frage der gemeinschaftlichen Neutralität zusammengehört und verbunden werden muß, weil eine Materie bildend. Der Anschluß unserer Organisation an die Generalkommission habe sich bewährt. Unsere Einrichtungen werden von den übrigen Organisationen mehr und mehr nachgeahmt, unser finanzielles Nützlichkeitsdiene als Vorbild, unsere materielle Hilfe werde häufig beansprucht. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission nehme zu den uns bewegenden Fragen eine verständige Stellung ein; es habe unsere letzten Tarifvereinbarungen verteidigt und die Abänderung des Organisationsvertrags gutgeheißen. Unser Einfluß hätte also nur Gutes gewirkt. Wenn man sage, die freien Gewerkschaften schwimmen zu sehr im politischen Fahrwasser, so kann man demgegenüber wohl behaupten, daß auf die christlichen Gewerkschaften dies weit mehr zutrefte. (Sehr richtig!) Der internationale Kongress zu Stuttgart im vergangenen Jahre sei laut Beschluß der Dresdener Generalversammlung beschickt worden. Es sei das notwendig gewesen, weil in den verschiedenen Fragen, z. B. in der der Maßfeier, das Verantwortlichkeitsgefühl für die Gewerkschaften ein größeres sei, als für die politische Organisation. Die Ansichten und der Standpunkt der Gewerkschaften müßten bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck kommen. Von unserer Seite sei denn auch in Stuttgart erklärt worden, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker nicht einen Beschluß als für sich verbindlich anerkennen könne, der für uns weittragendere Folgen habe als für andre Berufsstände. Das treffe bei der Arbeitsruhe am 1. Mai zu, die uns in die schlimmsten Konflikte mit den Zeitungsverlegern und der Öffentlichkeit bringen könne. Döblin schildert sodann die Zusammensetzung dieser internationalen Kongresse als eine Vertretung der politischen Organisationen und der Gewerkschaften. Die Art der Bestimmungen über die zu fassenden Beschlüsse sei aber in Folge der vielen Gruppen- und Ländervertretungen eine solche, daß den so zustande gekommenen Beschlüssen keine verbindliche Kraft beigemessen werden könne. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter müßten am besten wissen, was ihnen förderlich oder nicht dienlich daran sei. Unsere Vertretung auf dem Stuttgarter Kongresse habe ja auch nur einen informativischen Charakter gehabt. Die bekannte Stuttgarter Resolution über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft betreffend, macht Redner darauf aufmerksam, daß darin zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation unterschieden werde. Der Referent auf dem Stuttgarter Kongresse über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften habe ebenfalls anerkannt, daß jede Richtung ihre besonderen Aufgaben habe. Es könne also nur von einer Fühlungnahme zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gesprochen werden. Die Mitwirkung der Gewerkschaften in dem Sinne, daß sie auf die politische Vertretung Einfluß gewinnen, könne aber doch wohl als schädlich bezeichnet werden. Rehgäuser hat bekanntlich im „Korr.“ ein Reize von Artikeln über die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität geschrieben, aber die Stuttgarter Resolution darin irrig gedeutet. Unser Standpunkt sei nach wie vor der der strikten Neutralität, denn die Stuttgarter Resolution stehe dem nicht entgegen. Wir haben keine Verpflichtung durch unsere Beteiligung an dem Stuttgarter Kongress übernommen; es könne nicht von dort gefaßten Beschlüssen, sondern nur von ausgesprochenen Wünschen die Rede sein. Eine Festlegung nach dieser oder jener Richtung gibt es für uns nicht; wir schälen vor allem das Beste heraus, das, was unseren Interessen am dienlichsten ist. Döblin bringt sodann der Generalversammlung die Erklärung in Erinnerung, die der Verbandsvorstand bei den letzten Tarifverhandlungen den Prinzipalen gegenüber abgegeben habe und die eine strenge Handhabung der Neutralität

in unserer Organisation verheißt. Das habe man nicht den Prinzipalen zuliebe getan, sondern im eignen, wohlverstandenen Interesse. Rheinland-Westfalen sei ein Beispiel von zwingender Kraft, daß wir an unsrer wahren und echten Neutralität festhalten müssen. Zu Wahl- und andern Zwecken politischer Art dürften auf keinen Fall Verbandsgehälter verwendet oder die Kollegen dazu veranlaßt werden. Eine Reihe von Beschwerden sei dem Verbandsvorstand über solche Vorkommnisse zugegangen, auch wären einige flagrante Neutralitätsverletzungen vorgekommen. Die Feststellung, welche Zeitungen die Mitglieder halten, zähle auch dazu. Das dürfe nicht sein. Döblin ersucht dringend, die Änderungsanträge zum § 1 samt und besonders abzulehnen, das wäre ja schon ein Eingeständnis, daß der Verband bisher nicht auf dem rechten Wege sich befunden habe in der Frage der gewerkschaftlichen Neutralität. Die Redaktion des „Korr.“ brauche weder zur Maßfeierfrage eine andre Stellung wie bisher einzunehmen, noch sei er auf die Stuttgarter Resolution verpflichtet. Unser Verband werde jede Meinung achten und jedem seine Überzeugung lassen, denn diesem Grundsatz hätten wir die Größe und Stärke unsers Verbandes auch zu danken. (Allgemeines Bravo!)

Massini bringt eine längere Resolution ein, welche alle Verbandsorgane zur Beachtung der von den Kongressen der deutschen Arbeiterchaft gefaßten Beschlüsse verpflichtet.

Muffial tritt wie Massini dafür ein, daß durch Annahme einer Resolution die Meinung der Generalversammlung in dieser wichtigen Frage zum Ausdruck kommt und empfiehlt die Resolution Massini.

Steinhardt wendet sich entschieden dagegen, daß eine Beschränkung der Redezeit bei diesem Punkte stattefinde, sonst käme außer den Berliner Delegierten fast niemand anders zum Worte.

Massini betont, daß wenn Rehgäuser 21. Artikel über die gewerkschaftliche Neutralität geschrieben habe, man der Generalversammlung keine Beschränkung ihrer Meinungsäußerung darüber auferlegen könne.

Fülle vertritt dieselbe Meinung.

Es wird hierauf unbeschränkte Redezeit beschloffen.

Kayser erucht als erster Diskussionsredner, keinen Scheiterhaufen für Rehgäuser zu errichten. Rehgäuser hätte allerdings besser getan, seine Artikel sogleich als Broschüre herauszugeben, durch Benutzung des „Korr.“ wäre aber der Meinungsstreit in unsre Verbandskreise hineingetragen. Sachlich stehe er als alter Parteigenosse durchaus auf dem Standpunkte Rehgäusers. Er bitte, es mit dem § 1 beim alten zu belassen. Die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei führe ja dahin, daß die revisionistische Strömung in derselben mehr und mehr sich durchsetze, ja jetzt vielleicht schon größer sei als nach außen ersichtlich ist. Wir hätten deshalb gar keinen Anlaß, diese Entwicklung irgendwie zu stören. Die Resolution Massini müßten wir ablehnen, da Fußangeln darin enthalten. Wenn wir erklären, daß kein Anlaß vorliegt, am § 1 unser Statuts etwas zu ändern, so sei das besser und richtiger als irgend eine Resolution. Wir wollen sein, was wir waren und an dem bewährten Altem festhalten.

Fülle führt aus, daß in den 21 Artikeln Rehgäusers nicht das zum Ausdruck gekommen ist, wie Döblin in kurzen Ausführungen die Neutralitätsfrage präzipitiert habe. Er sei mit dessen Stellungnahme einverstanden. Es könne und dürfe aber nicht angängig sein, daß Rehgäuser für eine reine Gewerkschaftspartei Propaganda mache. Redner führt an, wie man auf dem Verbandstage der Dachdecker über das Verhältnis zur Partei gedenkt habe. Bei uns aber ist im „Korr.“ ein nationalliberal gesinntes Mitglied zum Worte gekommen, der die Arbeiterfreundlichkeit der Zeichenherren herausgetriden und die sozialdemokratische Partei beschimpft habe. Gewiß wollten wir alle Kollegen unter unsrer Fahne haben, gleichviel welcher politischen Richtung. Aber die sozialdemokratischen Verbandskollegen werden es nicht dulden, daß sie und die Partei von Rehgäuser als Sturmbock gebraucht werden. Rehgäuser vertrat über die Sozialdemokratie früher ganz andre Ansichten, was Redner durch Verlesung eines Ausspruchs Rehgäusers von vor 18 Jahren bezeugt. Rehgäuser habe vor etwa sechs Jahren im „Deutschen Buch- und Steinbruder“ schon einmal Ausführungen wie jetzt in seinen 21 Artikeln gemacht, sei damals aber offener gewesen und auch zu einem bestimmten Schlusse gekommen, nämlich eine reine Arbeiterpartei zu gründen. Rehgäuser

befinde sich mit diesem Bestreben in Übereinstimmung mit Leuten in den verschiedensten Lagern, die man nicht als Arbeiterfreunde betrachten könne. Soll das Vorhandensein einer revolutionären Phrasen auch nicht bestritten und gebilligt werden, so sei die opportunistische Phrasen aber geradezu eltschhaft. Wenn wir die Rehgäuserische Neutralität im strengen Sinne durchführen wollen, würde der Kampf gegen eine reine Arbeiterpartei von den herrschenden Klassen keineswegs geringer werden. Die Abschaffung des ersten Teils des Stuttgarter Programms, die Rehgäuser fordere, bedeute in Wirklichkeit die Aufgabe des Sozialismus. Das kann Rehgäuser, der sich bis zu einem gewissen Grade als Sozialist bezeichnet, doch nicht wollen. Wenn Politiker wie Bebel, Liebknecht usw. ihre Ansichten im Tageskampfe geändert haben, so sei dies bei Rehgäuser ebenso vorgekommen. Er bekämpfe Rehgäuser nicht persönlich, sondern aus sachlichen Gründen; Vorkommnisse zwischen ihnen, die lange Jahre zurückliegen, haben damit nichts zu tun. Das von Rehgäuser über den Umschwung zwischen den Parteitagen von Jena und Mannheim in der Broschüre Gesagte sei ganz unzutreffend, Bebel habe sich keineswegs in Widerspruch mit sich selbst gesetzt. Rehgäuser hat als Prophet bisher wenig Glück gehabt. Auch Rehgäuser sei ein fehlerhafter Mensch. Die Hebung der Arbeiterklasse ist nicht die von Rehgäuser behauptete große. Wie auch die Arbeiter sich nennen mögen, wenn sie ihre Interessen wirksam wahrnehmen wollen, sind sie die von der bürgerlichen Gesellschaft Verachteten. Die englischen Gewerkschaften, die sich vollständig different zur Politik stellten, haben sich in der Hebung geändert. Die englischen Gewerkschaften seien aber nicht so weit gekommen mit ihrer Taktik wie die deutschen Arbeiter mit der entgegengegesetzten. Rehgäuser müsse seine Angriffe auf die Partei unbedingt unterlassen. Damit werde nur dem bekannten Reichsverbande Material geliefert. Es trifft nicht zu, daß, wie Rehgäuser behauptete, kein bekannter Führer des Verbandes Parteimitglied ist. Im Organe des Verbandes werde Stimmung gegen die Sozialdemokratie gemacht, dagegen müssen wir uns wehren, das sei eine förmliche Vergewaltigung. Unberechtigte Angriffe von Parteiblättern auf den „Korr.“ soll Rehgäuser zurückweisen, aber bei Rehgäuser liegt eben System in diesen Polemiken und Angriffen. Der Rehgäuser aus dem Jahre 1890 sei ihm der Liebere, damals sei er für die Gemeinamkeit der Arbeiterbewegung kräftig eingetreten. Rehgäuser müsse in die Schranken gewiesen werden, im Interesse unsers großen und starken Verbandes.

Rehgäuser erholt nunmehr das Wort zur Entgegnung. Er halte alles aufrecht, was er in den 21 Artikeln geschrieben habe an Grundförmlichen in der Frage der Neutralität. Fülle unterlasse ihm aber lediglich die Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei. Das sei ihm gar nicht eingefallen. Die Redaktion eines Gewerkschaftsblattes sei immer in einer schwierigen Lage als die Organisationsfunktionäre. Die Redaktion des „Korr.“ habe in besonders einer schwierigen Position, denn alles, was an Unklarheiten in unsern Reihen bestände, komme an dieser Stelle zum Durchbruch. Die Redaktion ist der Sündenbock für alle und für jede Unvollkommenheit in der Organisation. Unser Verbandsorgan kann, wenn es wirkliche geistige Rost bieten soll, sich nicht auf die reinen Berufsfragen beschränken; in diesem Sinne aber bewegen sich die Füllischen Argumentationen. Er werde, wenn er wieder als Redakteur gewählt werde, eine Abhandlung über die christlichen Gewerkschaften folgen lassen, wie übrigens ja auch schon angekündigt. Es wäre ihm, da er 51 Artikel seit dem Herbst v. J. geschrieben, aber keine Zeit mehr geblieben, dies noch vor der Generalversammlung zu tun. Fülle habe einzelne Sachen besonders herausgegriffen, die jedoch, soweit ihm ein Irrtum dabei unterlaufen, in die Broschüre keine Aufnahme gefunden haben. Was Döblin über unser Verhältnis zur Generalkommission gesagt, sei auch seine Meinung. Wir wollen es aufrechterhalten, können jedoch nicht jeden Beschluß von Arbeiterkongressen ohne weiteres für uns als verbindlich anerkennen. Wenn man sage, er hätte doch in andern Organen seine Ansichten über die gewerkschaftliche Neutralität niedergelegen können, vielleicht in den „Sozialistischen Monatsheften“, so verweise er auf die von Schliebs mit der inzwischen eingegangenen „Neuen Gesellschaft“ gemachten Erfahrungen, die diesen erst inständig gebeten habe, über die Ergebnisse der letzten Tarifrevision etwas zu schreiben, gleich darauf aber, als

die führenden Parteiorgane wieder wie 1896 die Sturmgloden läuteten, erklärte, davon absehen zu müssen. Es sehe also an einer Gelegenheit, sich anderweitig über betriebl. Angelegenheiten zu äußern. Zur Frage der gewerkschaftlichen Neutralität Stellung zu nehmen, sei er aber verpflichtet gewesen, da der Stuttgarter Kongress mit der bekannten Resolution dazu doch direkt gezwungen habe. Was er nun über die gewerkschaftliche Neutralität ausgeführt, habe freilich unterschiedliche Beurteilung gefunden. So habe z. B. ein sozialdemokratischer Parteiredeaktor gesagt, es sei ein Standal, daß Neuhäuser die Partei so behandle, aber schlimmer sei, daß er recht dabei habe. (Heiterkeit.) Wenn Fülle Bzitate gegen ihn ins Feld führe, könnte er noch weit mehr gegen ihn ausspielen. Ein Redakteur eines Parteiorgans habe ihn in der heftigsten Weise wegen der 21 Artikel angegriffen, auf Vorhalten aber dann zugegeben, daß er sie gar nicht gelesen, sondern nach dem Urteile, was die bürgerliche Presse darüber geschrieben habe. Neuhäuser führt dann aus, daß unsere Organisation seit mehr als 40 Jahren von der sozialdemokratischen in ihren Bestrebungen kritisiert und bekämpft worden sei. Man ziehe gegen ihn als Person los, wolle aber die Sache damit treffen. Aus Briefen Richard Härtels beweist Redner, daß schon damals die Behandlung unsers Verbandes von Seiten der sozialdemokratischen Partei auf den Grund den Eindruck gemacht hat, daß man unsere Organisation mit ihrer weiterschreitenden Taktik versehen wolle. Die Stuttgarter Resolution solle ihn nun also nicht verpflichten, danach zu handeln. Wenn man aber sehe, daß jeder diese Resolution nach seiner Auffassung kommentiere, dann habe man die ganze Schwierigkeit der Situation vor Augen. Die von Waffini vorgelegte Resolution müßte er glatt ablehnen. Waffini hat unsern Verbande ganz andre Schwierigkeiten als die angeblich von ihm (Neuhäuser) gesehenen bereitet. Fülle hat die Aufnahme des Daubhäuserischen Artikels beanstandet. Die Redaktion hat diesen Artikel durchaus nicht gebilligt, denn einen nationalliberalen Arbeiter kann man sich schlecht denken, aber bei dem Streit um den § 4 des Organisationsvertrags und den Angriffen in der Neutralitätsfrage konnte mit den Daubhäuserischen Ausführungen einmal gezeigt werden, daß der Verband tatsächlich eine neutrale Organisation ist. Wenn Fülle ihn mit alten Aussprüchen von ihm tolschlagen wolle, so sage er, daß seine Stellung als Redakteur des Verbandesorgans ihn habe Einfluß gewinnen lassen, die jeden zu einer Meinungsänderung zwingen. Man habe ihn und den verstorbenen Kollegen Giehler im Jahre 1896, als sie die Tarifgemeinschaft im Interesse des Verbandes verteidigten, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Das sei wohl die von Fülle verlangte Objektivität! Wenn Leute aus dem bürgerlichen Lager manchmal eben solche Ansichten vertreten wie die feingebirgigen, so könne er daran doch nichts ändern; keineswegs stehe er aber auf dem Standpunkte, den jene Personen zur Arbeiterbewegung einnehmen. Fülle habe ihn betreffs der Beseitigung des ersten Teils des Erfurter Programms ganz falsch verstanden. Er erkläre nochmals, ein überzeugter Sozialist zu sein, er beschaue aber, daß der Sozialismus völlig unabhängig von irgend einer politischen Partei. Nebel hat eine Veränderung des sozialdemokratischen Programms ja auch für nicht unerwünscht, andre Parteitapazitäten sei sogar für direkt notwendig bezeichnet. Darum drehe sich ja auch der Meinungsstreit zwischen Revolutionären und Revisionisten in der sozialdemokratischen Partei nicht zuletzt. Fülle verlangte nun Einstellung der gegen diese gerichteten Angriffe. Dazu müßte er sagen, daß von solchen nicht die Rede sein könne, denn die Vertretung einer abweichenden Meinung ist keine Bekämpfung. Er verwahre sich auch entschieden dagegen, daß der „Korr.“ Material für den bekannten Reichsverband liefere. Die Bemerkung, daß keiner der bekannten Führer des Verbandes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei, habe er in einer notwendigen Abwehr gegen den Kaplan Dasbach geschrieben, die man vielleicht als übertrieben bezeichnen könne. Man kann unbeschadet der verschiedenen Auffassungen sich als Mitglied der großen Arbeitergemeinschaft fühlen. Neuhäuser erklärt sodann nochmals, daß ihn nicht die Ansichten geleitet haben, die ihn Fülle unterschiebe. Die Artikelserie sei eine ernste Arbeit, die ihm viele sorgenvolle Stunden bereitet habe. Wenn man jedoch seinen Versicherungen nicht glaube, dann solle man getrost den Stimmzettel über ihn entscheiden lassen. (Weifall.)

Grafmann hat von der Neuhäuserischen Arbeit den Eindruck, daß sie nur ein Torso, daß sie nicht vollendet sei. Jeder habe sich daher auch seine Kopien aus dem Kuchin herausgeholt. Für welche differierenden Meinungen Neuhäuser als Schwurzeuge in unsern Kreisen herhalten müsse, sei ungläublich. Viele, ja die meisten der Artikelserien für und gegen Neuhäuser haben ihn gar nicht verstanden, am wenigsten diejenigen, die ihren Standpunkt im „Korr.“ so herauskehren; er nenne da vor allen Dingen den mit „Servinus“ gezeichneten Artikel. Neuhäuser ist allerdings auch zu falschen Schlussfolgerungen gelangt. Die Klassengegenseite mildern sich keineswegs, denn die Scharfmacher bekämpfen doch alle Gewerkschaftsrichtungen. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß die überwiegende Mehrheit unser Mitglieder in der Sozialdemokratie ihre Vertretung sieht. Und in den christlichen Organisationen vollzieht sich eine Umwälzung, die ebenfalls zum Sozialismus führt. Die politische Betätigung sei notwendig, denn sie erstrebe und schaffe die gesetzliche Festlegung des von den Gewerkschaften Erreichten und Erämpften. Wenn man dieser Ansicht ist, dann brauche man auch gar nicht zu verlangen, sich auf eine bestimmte Partei einzuschreiben; das ergebe sich

dann ganz von selbst. Dem linken Flügel in unsern Kreisen brauche man gar keine Konzeption zu machen, denn mit dem Beibehalten unsrer Neutralität sei uns am besten gebient. Wir wollen keine Trennung von der übrigen Arbeiterchaft, am wenigsten aber eine Zerpfitterung unter uns, die nur im Interesse anderer Leute gelegen sei.

Döblin gibt hierauf eine Übersicht der noch zu bewältigenden Arbeit und ersucht, sich bei den weiteren Ausführungen danach zu richten. 28 Redner seien noch zu der Neutralitätsfrage eingezichnet.

Seiz bezeichnet es als eine Unmöglichkeit, am Dienstag die Generalversammlung zu beenden. Es sei nicht dienlich, wenn man wichtige Sachen über das Knie abbrechen wolle, sondern es müßte Klärung geschaffen werden. Man solle ruhig bis zum Mittwoch abend tagen.

Dieser Ansicht wird vielfach zugestimmt, womit Schluß der Sitzung eintritt.

* * *

Köln a. Rh., 1. Juni.

Achter Tag.

Klapproth schlägt vor, zur Abkürzung der Gespräche die Anträge zur Veränderung des Verbandsstatuts von einer Kommission vorbereiten zu lassen.

Dem soll entsprochen werden, jedoch nicht die Finanzkommission, sondern eine besondere, aus den Kollegen Waffini, Seiz, Engelbrecht, Kaiser, Schneider, Müller (Frankfurt a. D.), Schäffer, Reichendach, Grafmann, Helmholz, Dreier, Härtel und Kraffer bestehende Kommission wird für diesen Zweck eingesezt.

Sodann wird die Debatte über die Neutralitätsfrage fortgesetzt.

Steinhardt steht auf Seiten des Verbandsvorsitzenden in der Frage der Neutralität. Es war zu beobachten gewesen, daß zwischen Döblin und Neuhäuser hierin keine Übereinstimmung herrscht; das müßte anders werden. Was Neuhäuser in seinen 21 Artikeln über das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei gesagt, was er an Marx auszusprechen weiß und was er über die wirtschaftliche Entwicklung geschrieben, widerlegt Redner nach seiner Meinung darüber in so ausführlichen theoretischen Ausführungen, daß eine stenographische Aufnahme dieser Rede notwendig wäre, um sie korrekt wiedergeben zu können. Der Berichterstatter verweist also wegen der Steinhardtischen Ausführungen auf das spätere stenographische Protokoll.

Döblin spricht darauf die Ansicht aus, daß es wohl erwünscht sein könne, wenn nunmehr der andre Redakteur des „Korr.“ zum Worte komme. Die Generalversammlung stimmt dem zu.

Krahl meint, man habe in der Neutralitätsdebatte bisher Theorie in Massenproduktion getrieben; eine solche Überladung könne auf die Dauer ja kein Mensch tragen, so dürfe es nicht weitergehen. Er müsse endlich einmal darauf hinweisen, daß es sich eigentl. gar nicht um die 21 Artikel des Kollegen Neuhäuser handle, sondern um das Prinzip der gewerkschaftlichen Neutralität, die seit 42 Jahren von unsrer Organisation beobachtet wurde, die aber auch seit 42 Jahren fortgesetzt zu Bekämpfen mit der sozialdemokratischen Partei Unlaß geboten und zu Differenzen mit dieser geführt habe. Das käme davon, weil unsre Organisation von jeder eine weit schauende Taktik verfolgt habe. Deshalb haben wir ja auch die früheren Bekämpfungen wegen unsrer Unterstützungsweises, ganz besonders wegen der Arbeitslosenunterstützung, erdulden müssen. Dann der allgemeine Sturm der sozialdemokratischen Presse und Partei gegen die Tarifgemeinschaft, und vor zwei Jahren habe sich aus Unlaß der Schaffung des Organisationsvertrags bekanntlich das gleiche Schauspiel geboten. Ob also Härtel, der rabuläre Gsch oder Neuhäuser in den 42 Jahren Redakteur des „Korr.“ waren, es blieb sich gleich, das Verbandsorgan, habe immer als Zielfeld der Angriffe wegen der Taktik des Verbandes herhalten müssen. Da könne man doch wahrlich nun Neuhäuser nicht als Sündenbock hüßen lassen. Daß die Unternehmungsorganisationen unsern Verband stets als Avantgarde im gewerkschaftlichen Kampfe betrachten, die christlichen Gewerkschaften ihn seit einigen Jahren als Versuchsfeld aussersehen, macht unsre Lage auch zu einer eigenartigen. Dazu komme das kolossale Wachstum unsrer Organisation. Eine verhältnismäßig nur kleine Zahl von Mitgliedern sei noch vorhanden, die den Reumtumbenkampf mitgemacht. Die sehr vielen neuen Mitglieder haben ganz erklärlicherweise gar keine ausdauernde gewerkschaftliche Schulung genossen. Die Redaktion des „Korr.“ muß nun für alle Unklarheiten und Unvollkommenheiten an und in unsrer Organisation als Brüllglocke herhalten, auch für das, was das radikale Element manchmal an Entgleisungen begeht. Da Neuhäuser jetzt an der Spitze des „Korr.“ steht, bestehe der Brüllglocke eben nur zufällig Neuhäuser. Die linke Richtung in unserm Verbands, von der Fülle so viel gesprochen, sollte im weiten Beiden, daß die Gewerkschaftsredakteure Brungmann, Que, Müller, Deinhardt usw. auch schon heftige Konflikte mit der Partei gehabt haben. Um die Situation für die Redaktion noch schwieriger zu machen, habe auch noch fast jeder seine eigne Auffassung von der gewerkschaftlichen Neutralität. Es sei hier etwa so wie mit der Begeisterung vieler Berliner Kollegen für die Tarifgemeinschaft, die einen fassen die Neutralität eng auf, direkt rückständig sogar, die andern in dem Sinne, daß mehr sozialdemokratische Betätigung im Verband erfolgen müsse. Das letztere sei die gewerkschaftliche Neutralität von Fülle und Genossen. Die Redaktion aber ist auf alle Fälle der Puffer für diese differierenden Meinungen. Und dann sehe man sich doch einmal um, welches Tappen

und Suchen in der Arbeiterbewegung! Er nenne nur die Massenstreik und Matzeierfrage. Fülle habe uns gestern wohl erzählt, wie auf dem jüngst abgehaltenen Verbandstage der Dachdecker das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei eine wohlwollende Darstellung gefunden habe, davon, wie in der vorigen Woche auf der Holzarbeitergeneralversammlung der Vorsitzende Leipart sich recht kritisch über die Matzeier ausgeprochen, habe er uns jedoch nichts gesagt. Wenn die Berliner also in ihrer Resolution verlangen, alle unsre Verbandsorgane haben sich die Beschlässe der deutschen Gewerkschaftskongresse usw. zur strengen Richtschnur zu nehmen, so ginge das nicht an. Die Redaktion müßte sich dann ja für Sachen engagieren, über die eventuell noch die größte Unklarheit bestehe. Daß der linke Flügel auch schon dieselben Ansichten über die gewerkschaftliche Neutralität vertreten habe wie die Redaktion, zeigt Redner durch teilweise Wiedergabe einer Zuschrift von Wuffial, die drei Jahre zurückdatiert. Fülle habe mehr Sachlichkeit vom „Korr.“ verlangt gegenüber der Parteipresse. Da müsse er doch an die „Sachlichkeit“ erinnern, mit der 1896 die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vormärts“ usw. unsre Tarifverhandlungsergebnisse bekämpft haben. Vor zwei Jahren erlebten wir im kleineren Maßstabe dann daselbe Schauspiel. Neuhäuser sei in einem sozialdemokratischen Blatte sogar mit dem berichtigten Korbmacher Fischer auf eine Stufe gestellt worden. Daß die Redaktion des „Korr.“ Meinungsgegnern gegenüber durchaus sachlich verfare, habe einer von der linken Richtung, der Kollege Lepper, in einer Karte an die Redaktion vor drei Jahren selbst anerkannt. Unser Verhältnis zur Gewerkschafts- und Parteipresse könne übrigens gar nicht so schlecht sein, denn sonst würden diese Blätter aus dem „Korr.“ doch nichts übernehmen. Er könne erklären, daß die Redaktion unsers Organs gern bereit sei, trotz der durch Vertretung des in unserm Verbands herrschenden Systems von vornherein bestehenden Schwierigkeiten weiter zu arbeiten unter voller Aufrechterhaltung unsrer Beziehungen zur Generalkommission. Wenn Angriffe auf unsre Sache erfolgen und unsre Taktik durchkreuzt werden solle, wäre sie jedoch zu Zurückweisungen gezwungen. Zu weitem dürfe man die Redaktion aber nicht verpflichten, mithin auch nicht auf die Berliner Resolution. Zu einem Retou vor dem Geklerhute wäre die Redaktion nicht zu haben.

Langloz glaubt, daß die Debatte nunmehr wohl geschlossen werden könne. Es seien doch noch so viele andre wichtige Punkte zu erledigen.

Ulbricht (Berlin) wendet sich dagegen. Wenn man eine viertelstündige Redezeit einführe, wäre das richtiger. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. Knoblauch plädiert für eine Redezeit von fünf Minuten. Angenommen wird, jeden Redner zehn Minuten reden zu lassen.

Ybanez verlangt von dem „Korr.“ bessere Beziehungen zu der übrigen Arbeitern zu pflegen. Wir wollen auf der Basis einer gefundenen Neutralität weiter arbeiten. Unser Verhältnis zu der Generalkommission muß aufrechterhalten werden, denn es habe sich bewährt. Das Obligatorium des „Korr.“ wäre das geeignete Mittel, unsre Mitglieder so zu erziehen, daß auch sie in guten Beziehungen zu der Arbeiterchaft stehen. Wenn es beim „Korr.“ liege, daß dieses Verhältnis noch nicht das richtige ist, dann müsse die Redaktion zu einer andern Haltung veranlaßt werden.

Mylau als Unterzeichner der Leipziger Resolution tritt für strikte Neutralität des Verbandes ein. Die gestrigen Ausführungen Grafmanns über die rheinisch-westfälischen Verhältnisse solle man ja beherzigen. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in den übrigen Organisationen. Wenn wir Buchdrucker auf unsrer Generalversammlung zu der Matzeier so Stellung nehmen würden wie jetzt die Generalversammlung der Holzarbeiter, dann hätte es ganz sicher wieder einen Sturm gegeben in der Parteipresse. Die Artikel Neuhäusers waren eine Notwendigkeit, man wird ihren Wert erst später richtig schätzen lernen. Wenn vor drei Jahren die Leipziger in einem scharfen Konflikte zu der Redaktion gestanden, so habe sich das geändert, da man beiderseitig den guten Willen dazu betunden habe, und er müsse dem Verbandsorgane die Anerkennung zollen, daß es zu der für die Arbeiterchaft wichtigsten Fragen und Geschehnissen stets ausgiebig Stellung genommen habe, und zwar in einer Weise, wie es sich für ein Arbeiterblatt gezieme.

Kirchmeyer erklärt, die bayrischen Kollegen werden auf keinen Fall der Berliner Resolution zustimmen. Steinhardt habe gar nichts neues vorgebracht. Zu bebauern ist, daß zwischen Verbandsvorstand und Redaktion in der vorliegenden Frage nicht die richtige Übereinstimmung herrsche. Wenn man der Redaktion Sitz und Stimme in den Vorstandssitzungen gewährt, wird gewiß manches besser werden. Jetzt hängt die Redaktion förmlich in der Luft. Fülle habe nichts daran gefunden, wenn ermittelt wird, welches politische Blatt die Gewerkschaftler lesen. In einem Beispiele demonstriert Redner, wie solche Sachen ganz erheblich gegen die Neutralität verstoßen können. Unser Verband hat eine Vergangenheit und eine Entwicklung hinter sich, wovon die jetzigen Verhältnisse eben die logische Folge sind. Grafmann hat recht, ein echter Gewerkschaftler entwickelt sich politisch ganz von selbst, wie es für einen Arbeiter richtig ist. Neuhäuser habe mit seiner Artikelserie eine Arbeit von wissenschaftlicher Bedeutung geleistet. Redner ersucht nach Ermägung aller Umstände, die Anträge zum § 1 fämtlich abzulehnen, wir fahren am besten dabei.

Domine führt es auf die Empfindlichkeit des linken Flügels zurück, daß wir diese Neutralitätsdebatte haben.

Man rede bei uns davon, daß sich der „Korr.“ Kongressschüssen und den Direktoren der Generalkommission zu sagen habe. Da solle man sich aber auch einmal vor Augen führen, wie mitunter die Gewerkschaftskartelle gegen die Disziplin verstößen. Er sei ein entschiedener Anhänger der Neutralität und bezeichne die Haltung der Redaktion als korrekt. Die Anträge zum § 1 seien abzulehnen, die Leipziger Resolution empfiehlt er zur einstimmigen Annahme.

Ulbricht (Berlin) tritt für eine Änderung des § 1 ein. Man solle nicht die Erörterung politischer, sondern parteipolitischer Fragen durch das Statut ausschließen. Die dafür sprechenden Gründe erörtert Ulbricht eingehend, dabei verständig gegen Reghäuser Standpunkt ausführend. Redner kritisiert noch, daß die Redaktion sich während der Reichstagswahlzeit nicht korrekt benommen habe, indem sie den offiziellen Berichterstatter des Berliner Gaues desavouiert habe und die Meinung eines privaten Briefschreibers als maßgebend ansehe.

Kotte moniert, daß der „Korr.“ nichts tut, um den übrigen Arbeitern ein besseres Urteil über unsern Verband beizubringen. An der ganzen schiefen Verteilung unserer Verhältnisse seitens der Arbeiterschaft sei nur der „Korr.“ schuld. Der § 1 müsse geändert werden.

Born erläutert, wie gerade wegen der Verhältnisse in Rheinland-Westfalen unser Verband neutral bleiben müsse. Bedauerlich, daß eine Unstimmigkeit zwischen Döblin und Reghäuser betriebs der Stuttgarter Resolution besteht und hält die Verlegung des „Korr.“ an den Sitz des Verbandes deshalb für eine Notwendigkeit. Die Angriffe auf die Sozialdemokratie wie auf jede andre Partei müssen von der Redaktion unterbleiben. Die Änderungsanträge zum § 1 ersuche er abzulehnen.

Walbus freut sich, daß gewisse Leute von links und von rechts nicht auf ihre Rechnung gekommen sind bei dieser Debatte. Die Gefahren für Rheinland-Westfalen, wenn wir in puncto Neutralität die jetzigen Bahnen verlassen, seien in der Tat groß. Um § 1 dürfe deshalb nicht gerüttelt werden. Die Frage der gewerkschaftlichen Neutralität wäre gekommen und mußte auf der Kölner Generalversammlung auch ohne die Artikellserie Reghäuser zu einer eingehenden Aussprache gebracht werden, weil die Unklarheit darüber zu groß gewesen. Er solle der Arbeit Reghäuser durchaus Anerkennung. In den Großdruckstädten wisse man die Schwierigkeiten in Rheinland-Westfalen eben nicht zu würdigen. Er ersuche, den Kollegen Reghäuser einstimmig wiederzuwählen.

Ulbricht meint, die Kontroversen zwischen der Parteipresse und dem „Korr.“ kompensieren sich wohl. Die Angriffe der einzelnen Parteiblätter dürfe man nicht der Gesamtpartei zur Last legen, sondern die einzelnen Personen solle man zur Rechenschaft ziehen. Reghäuser mache den Kollegen, die sich auch politisch betätigen, das Leben recht sauer, und den jungen Mitgliedern veretele er die sozialdemokratische Partei. Er streife auf dem Standpunkte, daß Reghäuser durch seine letzte Artikellserie die Neutralität selbst am gründlichsten verlegt habe.

Knoblauch führt einen Fall an, daß ein Kollege Mitglied des sogenannten Reichsligenverbandes ist und unsere Organisation bekämpfe. Das sei tatsächlich eine schwere Verlegung der Neutralität. Die Neutralität auf religiösem Gebiete sei die Hauptsache. Es sei nicht wahr, daß die große Mehrheit unserer Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehöre. Die Kollegen in den Parteibüroverien sollten sich etwas mehr Beschränkung auferlegen; mancher gehe, nachdem er eine Kondition in einem solchen Geschäft erhalten, zu gern durchs Feuer und vermindere sein Interesse für unsere Organisation. Es sei zwar ein Idealzustand, wenn alle Kollegen der sozialdemokratischen Partei angehören, aber wir wollen und dürfen auf niemand einen Druck ausüben, wir müssen neutral bleiben. Der Verband werde sich doch noch einmal mit seinen Tendenzen und mit seiner Taktik bei der Arbeiterschaft durchbringen.

Döblin macht darauf aufmerksam, daß, da von rechts und links sich kein Widerspruch gegen den von ihm präferierten Standpunkt in der Neutralitätsfrage geltend gemacht habe, es doch wahrlich nicht mehr nötig sei, daß alle Redner noch zum Worte kommen, sonst säßen wir wirklich noch am Mittwochabend zusammen. Man möchte doch auf ihn einige Rücksicht nehmen, da er Pfingsten schon wieder in Königsberg sprechen müsse.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung beantragt Schöffler Schluß der Debatte, da wirklich keine neuen Momente mehr vorgebracht werden können. Bezugnehmend auf die vorliegende Resolution ersuche er, die Berliner umgeänderte Resolution im Anschluß an die Leipziger Resolution anzunehmen. Notwendig ist, daß die Resolutionen einstimmig zur Annahme gelangen, damit der Wille und der Standpunkt der Generalversammlung in dieser wichtigen Sache einmütig zum Ausdruck komme.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Wogenitz gibt der Ansicht der Leipziger Delegierten dahin Ausdruck, daß ihre Resolution schon alles besage, was notwendig ist, der Berliner Nachtrag sei überflüssig.

Döblin drückt seine Freude darüber aus, daß man dieser Frage solche große Aufmerksamkeit geschenkt habe. Er könne mit Genugtuung konstatieren, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Verbandsleitung und der Kollegenchaft nicht vorhanden sind. Es sei auch anzuerkennen, daß die sogenannte äußerste Linke die Einsicht bekennt habe, daß unsere Verhältnisse in der Tat eigentümlich seien. Zu den Graßmannschen Ausführungen über die zunehmende Verschärfung der Klassengegenstände sei zu bemerken, daß unsere Unternehmer nicht einen Standpunkt

einnehmen wie beispielsweise die Industriellen in Rheinland-Westfalen. Das wäre auch ein Erfolg unserer besonnenen und ruhig erwägenden Taktik. Es sei gewünscht worden, daß ein besseres Verhältnis Platz greife zwischen Verbandsvorstand und Redaktion. Reghäuser habe ihn um seine Meinung über sein Vorhaben nicht befragt; er hätte ihm ungeachtet aller Anerkennung für die Arbeit selbst davon abgesehen. Den Verbandsvorstand beauftragen, eine große Einwirkung auf die Redaktion zu gewinnen, würde die Aufgabe der Selbständigkeit der Redaktion bedeuten, an die Rehrseite der Medaille müsse auch gedacht werden. Von einer Veränderung des § 1 des Statuts könne er nur nochmals abraten. Die Leipziger Resolution wäre akzeptabel, die Berliner könne er nicht empfehlen, da sie eine Festlegung auf Beschlüsse bedeutet, von denen man nicht im voraus sagen könne, ob sie für unsre Interessen immer förderlich sind.

Reghäuser versagt sich angefaßt von der geklärten Sachlage, alles gegen ihn Vorgebrachte zu widerlegen, da Krähl schon die mannigfachen Momente berührt habe. Unter allgemeiner Heiterkeit verliest Reghäuser aus einer Denkschrift des Arbeitgeberverbandes den Satz, daß die von Reghäuser betonte Neutralität des Buchdruckerverbandes gerade der beste Beweis für den sozialdemokratischen Charakter des Verbandes sei. Reghäuser gibt dann von einigen Schreibern Kenntnis, die zeigen, wach geradezu unmögliche Beschimpfungen und sonstige Liebesswürdigkeiten die Redaktion manchmal über sich ergehen lassen muß aus Mitgledertreuen. Redner erklärt sodann, daß er nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung für die Leipziger Resolution sich erkläre, daß er auch die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse für die Redaktion als maßgebend erachte, so lange nicht diese Beschlüsse geeignet sind, unter Umständen gefährdend für die Organisation zu sein. Solche Beschlüsse werden aber selbst die Berliner Kollegen nicht als zwingend für unsre Organisation erachtet.

Die Berliner Kollegen ziehen darauf ihre Resolution: Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält nach wie vor seine Zugehörigkeit zur Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für unerläßlich. Alle Organe des Verbandes haben den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse unter Berücksichtigung der Beschlüsse unsrer Generalversammlungen unbedingt nachzukommen. In allen von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufenen Tagungen oder Kongressen nimmt der Verband der Deutschen Buchdrucker teil, und zwar durch Delegierte, die von der Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bestimmt worden sind.

Jede politische sowie religiöse Überzeugung und Anschauung der Mitglieder des Verbandes wird durch diesen Beschluß weder berührt, noch in irgend einer Weise beeinflusst.

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält auch fernerhin fest an seinem prinzipiellen Standpunkte der gewerkschaftlichen Neutralität, im gleichen Sinn an der Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterschaft.

Der Anschluß des Verbandes der Deutschen Buchdrucker an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird auch ferner für eine absolute Notwendigkeit erachtet.

findet einstimmige Annahme, was lebhaftes Genugtuung bei der gesamten Generalversammlung hervorruft. Man schreitet nunmehr zum Absatz b des Punktes V: Besprechung unsrer Verhältnisses zum Internationalen Buchdruckersekretariat.

Döblin schildert, welche Differenzen mit dem schweizerischen Verbandsvorstande wegen des Internationalen Sekretariats entstanden sind, die sich hauptsächlich um den Kollegen Stautner drehen, also persönlicher Natur sind. Der deutsche Verbandsvorstand lege diesen Beschuldigungen keine Bedeutung bei. Das internationale Sekretariat habe sich unter dem Kollegen Stautner günstig entwickelt. Er hätte wohl manchmal mehr Initiative entfallen können, doch sei zu bedenken, daß es ihm an der nötigen Unterstützung von Seiten der Sekretariatskommission gefehlt habe. Die Differenzen haben sich sehr zugepunkt, weil der schweizerische Vorstand wenig Neigung zu einer Verständigung befundet habe. Die Sekretariatskommission hat übrigens ihre Unterlage niedergelegt. Die von dem fünften internationalen Buchdruckerkongress in Paris beauftragte Kommission hat sich deshalb in einer zu Köln am 23. Mai 1908 abgehaltenen Konferenz mit der Angelegenheit beschäftigt und den Vorständen der angeschlossenen Verbände mitgeteilt, daß, da der schweizerische Vorstand wiederholt eine Einladung zu einer gemeinsamen Aussprache ablehnte, es zu einer Verlegung des internationalen Sekretariats nach Deutschland kommen werde, und zwar habe man Stuttgart in Betracht gezogen, um den Weiterbestand des internationalen Sekretariats zu sichern. Für Stuttgart sprächen die verschiedensten Gründe. Der jetzige Sekretär behält seinen Posten einsteilen bei. Wenn die Zentralvorstände sich zu den Vorschlägen der Kommission geäußert, werde das Weitere in die Wege geleitet werden. Es könne im allgemeinen konstatiert werden, daß der deutsche Verband auch in internationaler Beziehung ein gutes Stück Erziehungsarbeit geleistet habe, namentlich was die Streitaktik anbelange.

Reismüller nimmt Bezug auf die Ausführungen Döblins und betont die Notwendigkeit des internationalen Sekretariats. Die persönlichen Vorkommnisse in Bern mit dem internationalen Sekretär beschäftigten erste Verbände nicht. Ein Verbandssekretär, der seine Pflicht tut, untersteht in seinem persönlichen privaten Verhältnisse

nicht der Kontrolle der Verbände. Redner wünscht, daß das internationale Sekretariat in Stuttgart betriebend wirken möge, und schließt dem an, daß er für die Einladung zur Generalversammlung danke und daß er vieles da gelernt habe, wie man es machen solle, aber auch, wie man es nicht machen solle. Er dankt auch den Kölner Kollegen für die gewährte Gastfreundschaft.

Eine weitere Diskussion wird nicht befehrt und der Standpunkt des Vorstandes gutgeheißen.

Zu den Unterrichtsfragen bemerkt Döblin, daß deren Besichtigung bei uns anders liege als in andern Verbänden, welche bestimmte Kollegen dahin schicken und sie nachher anstelle. Bei uns wolle schließlich dann jeder hingehen, weil er eventuell als Arbeitersekretär später eine Anstellung erstrebe. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig.

Mylau wünscht eine Debatte hierüber, die aber vorläufig abgelehnt wird.

Mussial spricht zu der Instrukteursfrage, welche dem deutschen Verbands die größten Schwierigkeiten bereite. Die Instrukteure sind den Fabriken verpflichtet, und dadurch bieten sie uns große Ungelegenheiten. Es kommt vor, daß Instrukteure in gesperrte Druckereien gehen, obwohl sie Verbandsmitglieder sind und Verbandsmitglieder dort aufgehört haben. Redner erläutert dies an einigen Beispielen, die namentlich im Auslande zu konstatieren waren. Nicht selten werden durch die Instrukteure die Verhältnisse der Kollegen im Auslande verschlechtert. Der Verbandsvorstand müsse hier einschreiten. Redner bittet, dem Antrage der Berliner Maschinenseher zuzustimmen.

Döblin weist auf die Schwierigkeiten einer Regelung in dieser Frage hin und begründet dies. Wo Streik herrscht, hat ein Verbandsmitglied nichts zu tun, gleichviel, welche technische Arbeit er verrichtet. Durch internationale Verträge ist hier nichts zu erzielen.

Mussial glaubt, durch eine Verständigung mit den Bruderverbänden liege sich auch ein Ausweg finden.

Döblin weist darauf hin, daß ja Bestimmungen mit den Bruderverbänden bereits bestehen, die das Mögliche zu treffen suchen. Aber die einzelnen Kollegen handeln nicht danach.

Glaser ist nicht ganz mit Döblin einverstanden, da die Maschinenseher einen Einfluß auf die Instrukteure nicht haben. Redner verlangt, daß auf die Maschinenfabriken eingewirkt werde.

Reichschmidt wünscht ebenfalls eine Regelung dieser Frage im Sinne wie bereits vorgetragen und empfiehlt einen Antrag Leipzig. Redner macht zum Zwecke der Durchführung dieses Antrages praktische Vorschläge.

Ulbricht weist darauf hin, daß der von Döblin gewünschte Einfluß auf die Sparten von diesen nicht ausgeübt werden könne, weil den Sparten auf dieser Generalversammlung nicht die rechte Würdigung zuteil geworden sei.

Döblin, Freigabe, Braun sprechen noch zu dieser Frage.

Döblin erklärt, daß bereits in abgehaltenen Versammlungen der Sparten beschlossen worden sei, den Beschlüssen der Generalversammlung sich nicht zu fügen, obwohl man an diese appelliert habe.

Mussial erklärt, daß jeder Beschluß der Generalversammlung zu respektieren sei. Aber die brutale Behandlung Döblins lassen wir uns nicht gefallen und ziehen daraus die Konsequenzen, indem wir unser Amt niederlegen.

Döblin meint, daß dies nur ein neuer Weg sei, um die Differenzen weiter bestehen zu lassen. Entschieden wendet sich Redner gegen die Unterchiebungen, die ihm Mussial gemacht. Die Kollegen Mussial und Mantuffel hätten ihm (D.) zu einer gewissen Vorsicht gezwungen.

Steinbrück wendet sich dagegen, daß man den Fehdehandschuh dem Vorstande hinwarf.

Mussial erklärt, daß man ihn als den Störer des Friedens mit dem Vorstande bezichtigt habe. Deshalb wolle er sein Amt niederlegen. Das sei ein Entgegenkommen.

Döblin erklärt, daß wenn diese Amtsniederlegung erfolge, so geschehe es zu dem Zwecke, weitere Uneinigkeit zu stiften.

Mantuffel erklärt, daß man den Versammlungen lediglich die Beschlüsse der Generalversammlung unterbreite und die Konsequenzen ziehen werde.

Glaser, Döblin, Binzig, Knoblauch wenden sich in scharfer Weise gegen die Ausführungen Mussials.

Döblin erklärt, daß Quertreibereien nicht geduldet werden dürfen.

Schöffler erklärt, die Leitung des Berliner Gaues werde entschieden gegen eventuelle Quertreibereien der Sparten vorgehen.

Rosenbruch berichtet namens der Beschwerdekommision über die vorliegenden Beschwerden, mit den sich die Generalversammlung teils nach längerer Diskussion beschließend befaßt. Bei einer Beschwerde bemerkt Döblin, daß mit den Vorzugsrechten für neuereintretende Gutenberghändler wir es mit andern Verhältnissen zu tun haben als mit wieder eintretenden Mitgliedern, die ja ihre bereits erworbenen Rechte freiwillig aufgegeben. Der andre aber gehörte während der Zwischenzeit einer Organisation an.

Es kommt zur Beratung der Änderungsanträge zum Statut.

Seig berichtet darüber. Die zu § 1 gestellten Anträge werden abgelehnt, weil durch die Neutralitätsdebatte erledigt. Der Antrag Karlsruhe zu § 1 wurde zurückgezogen. Zu § 2 wird beschlossen, daß er lauten soll: § 2. Mitglied des Verbandes kann jeder in Deutschland beschäftigte Buchdrucker, Schriftsetzer, Stereo-

typen, Galvanoplastiker usw. werden, sofern er keiner gegnerischer Gesellschaft angehört oder für sie agitiert." Der Beschluß soll keine rückwirkende Kraft haben.

Weiter referiert Seitz über die einzelnen Anträge zu den §§ 2 bis 17. Es ist durch die Art der Berichterstattung, die beeinflusst ist durch eine noch tagende Kommission, deren Auffassung zu korrespondierenden Paragraphen erst morgen dargelegt werden kann, und die nicht in glatten Rahmen sich abwickelnde Diskussion dem Berichterstatter erschwert, ausführliche Mitteilung zu machen. Es soll ein zweiter Vorsitzender und ein dritter Redakteur angestellt werden und der leitende Redakteur Seitz und Stimme im Zentralvorstand erhalten. Vieles sei nicht so, wie es zwischen Redaktion und Verbandsvorstand sein solle, was an der mangelhaften Fühlung zwischen beiden Teilen liege. Für den „Korr.“-Redakteur sei es nur ersprießlich, wenn er im Verbandsvorstande mitarbeitet und sich besser unterrichten kann, außerdem ist der Redakteur dann eher in der Lage, seine Stimme in die Waagschale werfen zu können. Die „Korr.“-Berlegung möge man baldmöglichst beschließen. Der Agitation kann vom Verbandsvorstande wie von der Redaktion mehr Rechnung getragen werden, wenn wir beide Institutionen verstärken.

Döbblin ist gegen Seitz und Stimme des Redakteurs im Verbandsvorstand, weil in demselben Augenblick eine Verantwortung für den Verbandsvorstand geschaffen wird, was im „Korr.“ steht. Redner hält es für besser, wenn es nicht geschieht, dann würde auch die Berlegung des „Korr.“ notwendig sein. Dies ist um so schwieriger, weil der Drucker des „Korr.“ sich erst eine Rotationsmaschine angeschafft hat, somit die Wegnahme des „Korr.“ sich als eine schwere Schädigung des betr. Druckers erweisen würde. Die Hauptsache sei, daß eine Verständigung zwischen beiden Teilen in Zukunft in besserer Weise eintritt. Das wird durch eine häufigere Anteilnahme der Redaktion an den Sitzungen des Vorstandes erreicht, weil wir in sachlich wichtigen Fragen den Redakteur künftig zuziehen wollen.

Zu dieser Frage sprechen Klapproth, Massini, Döbblin (wiederholt), Wonigst, Rezhäuser, Engelbrecht, Grafmann, Seitz.

Nach längerer Debatte wird beschlossen, dem Redakteur Seitz und Stimme im Verbandsvorstand zu gewähren sowie die Berlegung des „Korr.“ nach Berlin in Erwägung zu ziehen, bis zu welchem Zeitraum es geschehen kann.

Sodann werden 6 Beisitzer für den Verbandsvorstand beantragt und empfohlen, die bisherigen Beisitzer für den Vorstand wieder zu wählen.

Döbblin geht auf die Schwierigkeiten ein, die darin bestehen, daß man in Berlin glaubt, die radikalsten Kollegen in den Verbandsvorstand zu wählen. Redner empfiehlt, zum wenigsten einen Teil der Beisitzer bestimmt in Aussicht zu nehmen. Die Generalversammlung möge beschließen, wenigstens die Hälfte der Beisitzer als im Verbandsvorstand bleibend zu bestimmen, damit man eine gewisse Sicherheit habe.

Böltk meint, das Beste wäre, wenn alle Jahre der dritte Teil der Beisitzer ausfiele.

Seitz ist dagegen aus praktischen Gründen.

Massini erklärt, es sei nicht notwendig, im Sinne Döbblins zu verfahren.

Döbblin wendet sich entschieden gegen Vorschläge Massinis. Er (Döbblin) wünsche nur, nicht mit völlig neuen Beisitzern arbeiten zu müssen angesichts der schwierigen Situation.

Böltk erklärt, er sei mißverstanden worden.

Wachert empfiehlt, den bisherigen Modus für die Wahl der Beisitzer beizubehalten. Redner empfiehlt Ablehnung des Antrages auf zweijährige Generalversammlungsperioden.

Fulba empfiehlt, es wie bisher zu belassen, weil es sonst ein Mißtrauensvotum gegenüber Berlin wäre.

Döbblin liest aus den Worten des Vorredners heraus, daß man unterstützend im Sinne des Vorstandes wirken wolle.

Es soll beim bisherigen Zustand in der Wahl der Beisitzer verbleiben.

Besüglich der Sparten soll ein geheißliches Verhältnis herbeigeführt werden.

Es wird beschlossen, einen zweiten Vorsitzenden und einen dritten Redakteur anzustellen und sämtliche Redakteure sollen auf der Generalversammlung gewählt werden.

Mylau wünscht, über den Verbandsauschuß nicht ohne weiteres hinwegzugehen und begründet dies eingehend.

Seitz berichtet weiter, daß von der nächsten Generalversammlung an es wünschenswert sei, in ihrer Abhaltung zweijährige Perioden einzuführen. Auf Antrag von 5 Gauvorstehern soll eine Gauvorsteherkonferenz einberufen werden können, im übrigen treten zweijährlich einmal die Gauvorsteher zusammen. Den Verbandsauschuß bittet die Kommission abzulehnen.

Düberg empfiehlt, aus Gründen der Komplikationen, den Verbandsauschuß abzulehnen.

Döbblin entgegnet dem Kollegen Mylau, welcher im Falle der Ablehnung dann zweijährige Perioden empfiehlt.

Von der Schaffung eines Verbandsauschusses wird abgesehen.

Rodenstein (Budapest) dankt, daß es ihm möglich war, das erste Mal auf einer Generalversammlung des deutschen Verbandes anwesend sein zu können. Die Verhandlungen hätten ihm imponiert, die Resultate der Verhandlungen seien zu begrüßen. Doch müsse er bemerken,

daß ihm die Neutralitätsfrage für unsern Verband nicht so gefährlich erscheine wie die Spartenfrage. In Ungarn blühe man in dieser Frage immer auf Deutschland, und warme Redner, die Dinge wie bisher weiter gehen zu lassen. Redner wünscht, gleichzeitig im Namen seines anwesenden Kollegen Feidl, daß diese Beschlüsse zum Wohle des Verbandes beitragen möchten.

Döbblin zieht daraus die Konsequenzen für die deutschen Verhältnisse. Schluß der Sitzung.

Telegraphischer Vorbericht über den neunten Tag.

Zu den Unterstufungsanträgen wird beschlossen, daß nach 75 Wochenbeiträgen eine Reiseunterstützung von täglich 1,50 Mk. befristet werden soll. Die Ortsunterstützung aus dem Verbandsbeitrag beträgt ebenfalls täglich 1,50 Mk. Die Gauzuschüsse bleiben bestehen, doch wird größere Vereinheitlichung und mehr Gegenseitigkeit verlangt. Bezüglich der Invalidenunterstützung und den Umzugskosten bleibt es beim alten. Das „Korr.“-Obligatorium wird wegen technischer Schwierigkeiten abgelehnt. Die nächste Generalversammlung findet in Hannover statt. Bei der Wahl der Verbandsbeamten werden 133 Zettel abgegeben; es erhalten Stimmen: Döbblin 110, Grafmann, als zweiter Vorsitzender 124, Eißler 121, Meyer 128, Rezhäuser 105, Krahl 118. Der Posten eines dritten Redakteurs wird ausgeschrieben. Die Generalversammlung wird nach einem längeren Resümee Döbblins 3 1/2 Uhr geschlossen.

Fünfte (Ordentliche) Generalversammlung der Zentralinvalidentasse in Liquidation.

Döbblin a. N., 31. Mai.

Der Vorsitzende Döbblin eröffnet die Versammlung mit einigen begrüßenden Worten an die erschienenen Abgeordneten, worauf durch die Versammlung in sangesmäßiger Weise das Bureau gewählt wird.

Die Berlegung der Präsenzliste ergibt, daß aus 19 Verwaltungsstellen 22 Abgeordnete anwesend sind, und zwar für die Verwaltungsstelle: Berlin: F. Pfaffmann, Albert Massini und H. Schlegler; Bremen: H. Bachhaus; Chemnitz: C. W. Stoy; Danzig: Fr. Nagroßki; Dresden: G. Steinbrück; Eisen a. Ruhr: P. Grafmann; Frankfurt a. M.: C. Domini; Freiburg i. Br.: Karl Lindenlaub; Halle a. S.: M. Gabriel; Hamburg: W. Dreier; Hannover: Georg Klapproth; Kiel: M. Brüder; Leipzig: Oskar Udermann und Karl Engelbrecht; Mannheim: Heinrich Fuhs; Posen: Helmut Wagner; Schwerin i. Meckl.: Herm. Schlotter; Weimar: Carl Helmholz. (Die Verwaltungsstellen Königsberg i. Pr. und Breslau waren durch Abgeordnete nicht vertreten, und zwar letztere deshalb nicht, weil der gewählte Vertreter krank und ein Stellvertreter nicht gewählt worden war.) Die Liquidationskommission ist vertreten durch den Vorsitzenden Emil Döbblin, den Kassierer Gust. Eißler und den Beisitzer Adolf Meyer.

Nachdem von der Mandatprüfungskommission die Gültigkeit der eingereichten 22 Mandate erklärt worden, wird zur Besprechung des ersten Punktes der Tagesordnung geschritten; derselbe lautet: „Berlegung h.z.m. Genehmigung der Rechenschaftsberichte von 1905, 1906 und 1907.“ Hierzu gibt der Kassierer Eißler mehrere Erläuterungen und bemerkt u. a., daß der Vermögensstand in den letzten drei Jahren sich nur um etwa 47 000 Mk. verringert hat, was günstiger Umstand dem Zinsfuß (der einzigen Einnahme) und dem verringerten Invalidentand (Ende 1907 waren nur noch 93 Invaliden vorhanden) zu verbanden ist. Der Bericht der Liquidationskommission wird hierauf einstimmig genehmigt.

Beim zweiten Punkte der Tagesordnung: „Neuwahl der Liquidationskommission und Festsetzung der Remuneration für dieselbe“ beschließt die Generalversammlung, daß die Remuneration für die Verwaltung der Kasse in der bisherigen Höhe (pro Jahr 1000 Mk.) belassen bleiben soll, auch werden die Kosten der Generalversammlung analog der auf den vorhergehenden Generalversammlungen gefaßten diesbezüglichen Beschlüsse normiert. Die bisherigen geschäftsführenden Mitglieder der Liquidationskommission werden einstimmig wiedergewählt.

Da zum dritten Punkte der Tagesordnung: „Sonstiges“, Anträge usw. nicht vorliegen, schließt hierauf der Vorsitzende die Generalversammlung mit einigen dankenden Worten an die Abgeordneten.

Korrespondenzen.

Geschäftliches. Inste am 16. Mai im hiesigen „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Monatsversammlung war von 48 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der erste Vorsitzende Frant einige beherzigenswerte Worte an die Versammlung, in welchen Ausführungen er die Kollegen aufforderte, sich mehr wie bisher mit dem Tarif und seinen Auslegungen vertraut zu machen, an der Ausbildung der Kollegen in technischer, moralischer und geistiger Beziehung mitzuarbeiten und mitzugeben, danach zu streben, tüchtige und sattefeste Gewerkschaftler zu werden und vor allen Dingen für einen guten Besuch der monatlichen Versammlungen mit Sorge zu tragen. Unter „Geschäftliches“ wurde der Austritt

des Kollegen Schmid mitgeteilt. Nach Ansicht der Versammlung hat der frühere Kollege Schmid seinen Austritt erklärt, um nicht ausgeschlossen zu werden; also der Not gehorchend und nicht dem eignen Kräfte. Hierauf kam eine tarifliche Angelegenheit der Firma Klefstadt zur Sprache. Nach den Bestimmungen des neuen Tarifs dürfen Plattenbestößen und Flachguß nur von einem Gehilfen ausgeführt werden. Nun war bei der Firma Klefstadt seit Jahren ein Hilfsarbeiter damit beschäftigt. Um die Sache abzustellen, hat das Gehilfenpersonal durch mehrmaliges Wortfelligwerden Mißbilligung zu schaffen versucht. Nun scheiterte es aber an dem Standpunkte der Firma, indem diese geltend machte, daß das seit Jahren gute Verhältnis dann gestört werde und man dann, wie früher, nur Ärger und Verdruß habe. Ferner wurde hervorgehoben, daß in einer Papierwarenfabrik die ganze Sache anders beurteilt werden müsse. Die Gehilfen stellten sich jedoch auf den Boden des Tarifs und reichten Korporationsklage ein. Das Schiedsgericht fällt nach der ersten Sitzung, in welcher die Firma nicht erschienen war, dem Sinne nach folgendes Urteil: „Die Firma ist verpflichtet, die nach § 80 genannten Arbeiten nur von einem ordnungsmäßig gelehrten Stereotypen ausführen zu lassen.“ Hiergegen legte nun die Firma Berufung ein, worauf dann noch eine Sitzung stattfand, welche besagte, „das Urteil bleibt bestehen, jedoch soll das Schiedsgericht einigend wirken, und werde es dem Bezirks- resp. Gauvorstande die Sache insofern zur Regelung überlassen, zu erwägen, ob es angängig sei, den Hilfsarbeiter als Stereotypen ausbilden zu lassen.“ Zum Schluß ist die Sache hiermit also noch nicht gekommen, sondern muß abgewartet werden, was der Gauvorstand beschließt. Ferner wurde vom Vorsitzenden ein vom Kollegen Raug (Eisen) eingegangenes Schreiben vorgelesen, in welchem er (Raug) ein Vertrauensmann bei der Firma Vertenburg ist von der Firma getane Aufsehung, Raug habe seine Kondition aufgegeben, weil selbige ihm von den eignen Kollegen verleitet worden sei, energisch zurückweist und ausdrücklich zu verstehen gab, daß sein Austritt aus dem Geschäft nur auf Grund der eigenartigen Verhältnisse zurückzuführen sei. Ausgenommen wurde der Seher Heinz Guth, konditionierend bei der Firma Stück & Lohde. Das Johannistfest wird am 21. Juli durch Saalfeld im „Gewerkschaftshaus“ und daran anschließend am 28. Juni durch eine Familienfeier begangen. Wie in den letzten Jahren, so wurde auch in diesem wieder beschlossen, die Karte zum Johannistfest zur Ausschreibung gelangen zu lassen, und wurden für die drei besten Entwürfe die Preise von 3, 2 und 1 Mk. festgesetzt. Die Graphische Gesellschaft übernahm bereitwillig die Ausschreibung derselben. Der Antrag betreffs Erhöhung der Remuneration des Ortsfasserers von 1/2 auf 1 Proz. wurde angenommen, mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1908. Unter „Beschriebenes“ wurde ein Fall betreffend die Maschinenfabrik der Firma Vertenburg behandelt. Die dortigen vier Maschinenfabriker hatten seit Jahren mit dem Prinzipal ein Pauschalverhältnis (Lohn 60 Mk. pro Woche) für die Herstellung der Zeitung, der Sonntagsbeilage und einer andern Zeitschrift vereinbart. Durch die eigenartige Einteilung seitens der „leitenden Persönlichkeit“ häuften sich die Arbeit derartig, daß selbige von den vier Maschinenfabrikern nicht mehr bewältigt werden konnte. Deshalb kündigten dieselben das Pauschalverhältnis und suchten eine andere Vereinbarung mit dem Prinzipal zu treffen. Sie hatten um Einstellung eines fünften Maschinenfabrikers und stellten dem Herrn Vertenburg anheim, ihnen den Lohn in etwas zu kürzen. Hierauf erhielten sie die Antwort von dem Prinzipal, er wolle sich die Sache überlegen. In letzter Zeit verlangten sie nun eine endgültige Regelung dieser Sache, aber der Prinzipal war nicht zu einer Rücksprache zu erlangen. Der Faktor antwortete auf alle Anfragen, er wisse nichts und könne von dem Chef nichts erfahren. Nach diesen vergeblichen Versuchen seitens der Maschinenfabriker, mit dem Prinzipal eine Einigung zu erzielen, reichten sie die Kündigung ein, welche vom Geschäft angenommen wurde. In hierauf abgehaltener Druckereiverammlung wurden ferner sämtliche bestehenden Mißstände erörtert, welche in den verschiedenen Abteilungen der Druckerei vorhanden waren, und der Beschluß gefaßt, Korporationsklage beim Schiedsgericht gegen die Firma Vertenburg einzureichen; die nun stattgefundene Verhandlung hatte den Erfolg, daß Herr Vertenburg versprach, die bestehenden Mißstände abzuschaffen, jedoch die Kündigung von seitens der Maschinenfabriker als formell ansehe. Bemerkenswert sei noch, daß die Maschinenfabrikerkollegen nur aus dem Grunde gekündigt haben, um bessere Verhältnisse herbeizuführen. Hoffentlich werden die neuen Kollegen sich so verhalten, daß sie das ausführen, was ihre Vorgänger haben bezwecken wollen. Die Kollegen der Druckerei erklären insgesamt, daß viele mißlichen Verhältnisse (auch die Verhandlung) erst seit dem Eintritte des neuen Faktors, Herrn Burmeister (früher eifriges Verbands- und Vorstandsmittelglied), existieren. Die Verhandlung sei geradezu unentzerrlich und hersche dort der Unschauzerton. Die meisten Kollegen, die sich dagegen wehren, gehen unter weider lieber selber oder sie werden gekündigt, und ist diese Druckerei augenblicklich der reinste Taubenschlag. Es wäre besser, wenn die Geschäftsleitung sich auf den Standpunkt stellte, mit dem Personal im guten Einverständnis zu arbeiten, denn allzu scharf macht sichartig.

-r. **Gleitwig.** Die am 24. Mai hier abgehaltene Wanderversammlung der obersteilfischen Maschinenfabrikervereinigung war von 26 Mitgliedern besucht. Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden Hadrian (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 4. Juni 1908.

Anzeigen kosten: die Nonpareilleseite 25 Pf.;
Verfammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 64.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

(Weihen) erfolgte die Bekanntgabe der Tagesordnung. Protokollverlesung sowie Kassenbericht fanden ihre schnelle Erledigung, so daß den weitaus größten Teil der Verhandlungen der Punkt „Technisches“ ausfüllte. In erster Linie erfolgte eine Besprechung des neuerdings auf den Markt gebrachten Kosmosablegeapparats an der Linotype. Die in der Praxis damit arbeitenden Kollegen (der Apparat war in Tätigkeit bei der Firma G. Sininna (Rattow)) konnten sich jedoch von der ihm zugeprochenen außerordentlichen Rentabilität nicht überzeugen. Der springende Punkt bei dem Apparat ist die automatische Nachfüllung, wobei jedoch der Seiger oft zur Nachhilfe gezwungen ist, da leicht Störungen eintreten. Auch sonst stellen sich nach Umrüstung des Apparats bei der Beaufsichtigung der Weisführung, Gußöffnungen usw. nur Unbequemlichkeiten für den Seiger heraus. Bei dieser Besprechung wurde aber auch Stellung genommen gegen die gar zu „rationelle“ Ausnutzung der Arbeitskraft, da es ja für den Seiger eine wahre Wohltat sei, sich hin und wieder Bewegung zu verschaffen, und wenn es auch bloß durch das Nachlegen von Blei ist. Im Anschluß hieran kamen bierseige Ratsschläge betreffs Verbesserung des Metalls zur Sprache, und gab es auch hier ein reges Für und Wider über das Weigeben von diversen „Angebieten“. Im übrigen wurde es als Pflicht eines jeden Kollegen angesehen, darauf zu achten, daß nur gereinigtes Metall zur Verwendung gelange und daß das Einschmelzen von schlecht gereinigten Zellen zu vermeiden sei. Seitens der Kollegen von der Monoline kamen einige Mißstände häufiges Abbrechen der Niedererschlaghebel zur Sprache. Einem Kollegen passierte nämlich das Malheur öfters; natürlich war laut Ansicht der Fabrik der Seiger schuld, bis es sich herausstellte, daß das zur Umfertigung benutzte Material zu weich sei. Bei dem Punkte „Verschiedenes“ wurde das unkollegiale Verhalten eines Mitglieds streng verurteilt. Letzteres schlug Wetten vor, nämlich 8000 Buchstaben am Typograph zu setzen; außerdem hat besagter Kollege anheimend sehr große Sehnüht nach Kontrollzetteln, da er bei seinem Chef um Einführung solcher vorstellte. Leider war der betreffende Kollege in der Sitzung nicht erschienen; doch hat sich der Vorfall weitere Maßregeln vorbehalten, und wurde der Wunsch ausgedrückt, die Ortsvereinsversammlung möge besagten Kollegen gehörig aufs Korn nehmen. Hierauf wurde seitens eines Kollegen streng gerügt, daß sich Verbandsmitglieder unter irgend einem Vorwand um Stellung in einem Geschäft bewerben, wo bis dato kein Bedarf sei. Es schaffe dies für die im Geschäft tätigen Mitglieder eine schiefte Lage, was schärf zu verurteilen sei. Da hiermit die Tagesordnung erledigt war und im Anschluß an die Sitzung auch gleichzeitig die Feier des zweiten Stiftungsfestes stattfand, so folgte nun ein gemeinschaftliches Mittagessen und darauffolgend ein Kommers. Bei soeben Wiederlang und einem guten Schoppen Bier verließen die Nachmittagsstunden für die meisten der Teilnehmer leider zu schnell. Unre Vereinigung zählt gegenwärtig 36 Mitglieder. Bemerkenswert sei noch zur Ergänzung des letzten Berichts, daß sich auch die Kollegen bei Gebr. Böhm sowie im „Polak“ (Rattow) im Besonderen der halbstündigen Arbeitszeitverlängerung am Sonnabend befinden.

Rürnberg. (Mitgliederversammlung vom 16. Mai.) Nach Bekanntgabe einiger Vereinsmitteilungen und Erledigung der Aufnahmen erhielt Herr Dr. phil. Carl Rotter, Kgl. Universitätsprofessor in Erlangen, das Wort zu seinem Vortrag: „Gelbe Gewerkschaften in Deutschland und Frankreich.“ Dr. Rotter ist ein Anhänger der Gruppe wahrer Demokraten Barth'scher Richtung, die kürzlich in Frankfurt a. M. aus der freien Vereinigung ausgetreten und nun unter dem Namen „Demokratische Vereinigung“ eine neue Partei gebildet hat. In dem Vortragenden lernten wir einen ausgezeichneten Redner kennen, der in der Schärfe seines Urteils über die gelben Gewerkschaften und der sich hieraus ergebenden Stellungnahme der freien Gewerkschaften wohl kaum übertroffen werden kann. Nachdem Redner eine Parallele gezogen zwischen freien und gelben Gewerkschaften vom sozialen und kulturellen Standpunkt aus, schickte er voraus, daß er früher der Meinung gewesen sei, die französischen gelben Gewerkschaften ständen im Gegensatz zu den deutschen auf dem Boden der Koalition zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und des Mitbestimmungsrechts. Nach neueren Forschungen sei er aber anderer Meinung geworden, und heute müsse er sagen, daß die französischen gelben Gewerkschaften dieselbe Schutztruppe des Unternehmertums und dieselbe Arbeitswilligengarde sei, als ihre deutschen Wetten. Dann führte er aus: Die Grundlage des Gewerkschaftsgedankens muß die Anerkennung der Tatsache sein, daß der alleinstehende Arbeiter bedingungslos der Willkür des Unternehmers preisgegeben ist. Nur im Zusammenschlusse der Arbeiter liege ihre Macht, und das Ziel der Arbeiterschaft müsse der Kollektivarbeitsvertrag

sein. Als weitere erstrebenswerte Ziele der Gewerkschaften bezeichnete er: Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigter Mitfaktor am Werke der nationalen Produktion auf Grund voller Koalitions-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. In dieser Hinsicht habe das neue Vereinsgesetz ganz und gar enttäuscht. Es entfalte weder vollständige Koalitionsfreiheit noch andere großartige Momente für die Arbeiterbewegung. Neben der Mitbestimmung über die Lohnhöhe, die Art des Lohnsystems, die Arbeitszeit usw. müsse aber auch die kulturelle Erziehung und die Bildungsmöglichkeit ihrer Mitglieder durch vom Staate zu schaffende unentgeltliche Bildungsstätten von den Gewerkschaften erstrebt werden. Die Arbeiterverbände müssen Kampforganisationen sein und so lange bleiben als der Herr-im-Hause-Standpunkt noch in den Köpfen der Unternehmer spukt und deshalb müssen sie an der Arbeitseinstellung (Streik) als dem wirksamsten Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen festhalten und die nötigen Geldmittel hierfür bereitstellen. Die Unterstützungseinrichtungen sollen zwar nicht Hauptzweck der Gewerkschaften sein, aber sie sind notwendig, um denselben einen gewissen Hinterhalt zu geben. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der französischen Arbeiterorganisationen kam Redner auf die Entstehung der gelben Gewerkschaften in Frankreich zu sprechen, die heute zu großer Macht gelangt sind. Im Jahre 1836 traten in Frankreich die ersten nationalen Arbeitersyndikate in Kraft. Bald darauf fanden schon Streitigkeiten statt, die sich später durch die Frage des Generalstreiks bedeutend verschärften. Es bildeten sich zwei Gruppen; die eine trug revolutionären Charakter und wollte nichts wissen vom Durchsetzen der Forderungen auf parlamentarischem, d. h. Verhandlungswege. Die zweite Gruppe war reformatorischer Natur und obwohl an Zahl stärker als die erste, doch bedeutend einflußloser. Die Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen, die große Zahl oft nicht genügend motivierter Streiks, das Fehlen jeglicher gewerkschaftlicher Ergründungscharaktere waren ein guter Nährboden für die gelben Gewerkschaften. Als Geburtsjahr derselben gilt das Jahr 1901 und als Geburtsort Montceau-les-Mines. Im gleichen Jahre wurden auch die freien Gewerkschaften aus der Arbeitshilfe hinausgedrängt. Der Führer der Gelben, die den Namen „Fédération nationale“ führten, war der Uhrmacher Vietry, ein früherer revolutionärer Sozialdemokrat, der aber im November 1901 auf dem Sozialistenkongresse zu Jory wegen Verrätersi aus der Partei ausgeschlossen wurde. Aber schon 1902 mußte er wegen kostspieliger Neigungen auch aus der gelben Föderation ausgeschlossen werden. Er gründete dann eine neue Gruppe unter dem Namen „Fédération nationale des Jeunes de France“. Das Programm der Gelben unterschied sich anfänglich fast nicht von demjenigen der freien Gewerkschaften. So forderten sie den Kollektivarbeitsvertrag, die Anerkennung der Gleichberechtigung bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen, unbedingtes Festhalten am Streik; ferner Aufhebung des Abhängigkeitsverhältnisses des Arbeiters vom Unternehmer und Anerkennung als Mitteilhaber am Produktionsgewinn. Sie stellten sich auf den Boden der Selbsthilfe und verlangten vom Staate volle Koalitions-, Vereins-, Lehr- und Gewissensfreiheit, Errichtung von Volkstammern als beratende Körperschaft bei wirtschaftlichen Fragen der Parlamente; ja sie forderten sogar die Wahl des Senats durch die Volkstammern aus den Vertretern der verschiedensten Berufssyndikate. Mit der Ublitterung der neuen Gruppe änderte sich bald die Situation und damit auch das Programm. Gehörten doch dieser neuen Arbeiterorganisation viele Generäle, hohe Militär- und Marinebeamte, Landwirte und Großindustrielle und andre hohe Persönlichkeiten als Mitglieder an. Im Jahre 1904 fand der erste große Kongreß der Gelben in Marseille statt. Hier wurde ein Komitee gewählt, das ein Programm für die gelbe Föderation ausarbeiten sollte. Dieses Manifest erschien 1905 und enthielt als Forderung dieser Arbeiterorganisation u. a. Förderung der Marine, Pflege vaterländischer Gesinnung usw. usw. Mit diesem Programm bekennen sich die französischen gelben Gewerkschaften zu denselben verwerflichen Praktiken als die deutschen. Redner fuhr fort: Die Gelben übersehen, daß der Staat als Vertretung der ganzen Nation gewisse Verpflichtungen auch dem wirtschaftlich Schwächeren gegenüber widerpenigen Arbeitgebern hat. Nur große und starke Arbeiterorganisationen erweisen sich als widerstandsfähig gegen die Praktiken der Unternehmer. Die Taktik der Gelben aber laufe darauf hinaus, die Kräfte der Arbeiter zu zerpfücken, sie sind jenen Solidaritätsgefühllos. Der Vortragende verlas seine Stellen aus dem gelben Arbeiterkatechismus, die grelle Streikfächer auf das Solidaritätsgefühl dieser Arbeiterorganisation weisen. Hier fordern die Gelben offen zum Streikbruch auf. Zu den Bildungsbestrebungen nehmen sie einen sehr rückständigen Standpunkt ein. Könnte doch ein Unternehmer auf ihrem Kongreß ohne Widerspruch erklären: Zu viel Bildung sei gefährlich,

dem Arbeiter dürfe nicht Zeit gelassen werden, darüber nachzudenken, welche Ansprüche er an die Wirtschaftsordnung zu stellen berechtigt sei. Die französischen gelben Gewerkschaften wenden sich auch gegen den Staatssozialismus. Übergehend zu den deutschen gelben Gewerkschaften gab Dr. Rotter einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entstehung und Zusammensetzung einer solchen Arbeitervereinigung, dabei als klassisches Beispiel den Arbeiterverein vom Werk Augsburg der Maschinenfabriken Nürnberg-Augsburg (Schnellpressenfabrik) anführend. Bei der großen Metallarbeiterausperrung im Jahr 1905 über ganz Bayern fanden sich bei genannter Firma 1303 Nichtorganisierte als arbeitswillige Streikbrecher ein, die folgenden Revers unterschreiben mußten: „Ich, Unterzeichneter, erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das Schärfste verurteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern säen und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorruft. Ich erkläre, daß ich weber streikende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstütze und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.“ Auf Betreiben oder doch wenigstens auf Begünstigung der Fabrikleitung bildete sich hieraus am 14. Oktober 1905 die erste deutsche gelbe Gewerkschaft, der sofort über 600 Arbeiter beitraten. Als Grundfals dieses Vereins wurde aufgestellt: „In Frieden und Eintracht mit den Arbeitgebern die Arbeitsverhältnisse zu regeln und die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Verein führt den Namen Arbeiterverein vom Werk Augsburg. E. V.“ Zweck des Vereins ist für seine Mitglieder: Errichtung einer Arbeiterwitwen- und -waisenkasse; Gewährung von Kranken gelbern; Gewährung von Beihilfen im Falle der Behinderung und Würdigkeit; Gewährung von zinsfreien Darlehen; Gewährung von Altersprämien alljährlich bei der Christbaumfeier; Gewährung von Beiträgen zum Besuche von Ausstellungen; Abhaltung von Festlichkeiten, insbesondere Christbaumfeiern mit Geschenken an die Familienangehörigen.“ Ein ausgedehntes Programm — und das alles für nur 1 Mt. Jahresbeitrag. Nur bei unfruchtlichen Ausschüssen aus dem Werk, und, wenn nichts gegen den Streikenden vorliegt, also etwa bei Arbeitsmangel, werden die Beiträge voll zurückgezahlt, während bei freiwilligem Ausscheiden aus dem Werk nur ein Drittel der Beiträge rückvergütet werden. Mitglied kann jeder auf Grund schriftlicher Beitrittserklärung werden, welcher im Werk Augsburg auf Grund der Arbeitsordnung beschäftigt, nicht Sozialdemokrat ist und nicht einer andern Arbeiterorganisation (also auch nicht Christbaumfeier oder christlicher Organisation) angehört. Mitglieder, bei welchen diese Bedingungen nicht vorhanden sind, werden vom Vorstand ohne weiteres ausgeschlossen. Ansprüche an das Vereinsvermögen können von Ausschlossenen oder Ausgetretenen nicht erhoben werden. Ober angeführte Leistungen sind erklärlich, wenn man die Jahresberichte genannten Vereins durchsieht. So entnehmen wir dem ersten Jahresberichte folgende Ziffern: 100000 Mark spendete der Generaldirektor Kommerzienrat Bug als Stammkapital, weitere 4775 Mk. zu Christbaumfeiern usw., 1000 Mk. vom Direktor R. Bug, 1000 Mk. vom Direktor Guggenheimer, 1000 Mk. vom Profuristen Pfeiffer; 27000 Mk. schenkte die Firma. Weiter besprach Redner die Gründung einer Arbeiterwitwen- und -waisenkasse des Arbeitervereins vom Werk Augsburg, zu der die Fabrikleitung Beiträge von zusammen etwa 140000 Mark beigesteuert habe, sowie einen Jahresbeitrag von 40000 Mk. leiste. Von Interesse seien diese Zahlen deshalb, weil von Seiten einzelner Unternehmer die intimen Beziehungen zu diesen Vereinen immer in Uebrede gestellt würden. Die Herren Kommerzienrat Bug und Profurist Pfeiffer sind Ehrenmitglieder dieses Vereins. Größere gelbe Organisationen bestehen noch im Grusonwerke der Firma Krupp, Magdeburg-Duckau und im Berliner Elektrizitätswerke. Das Urteil des Vortragenden ging dahin: die gelben Gewerkschaften sind Organisationen, die gegen gewisse Beihilfe der Unternehmer sich ihrer gewerkschaftlichen Ehre, ihrer Selbstbestimmung begeben und auf ihre Freizügigkeit verzichten. Das Bestreben der Unternehmer in ganz Deutschland geht dahin, daß Angehörige der Gelben vor Ausperrungen geschützt sind. In Bezug auf England bemerkt er, daß dieses Land sein soziales Übergewicht nicht zuletzt dem sozialen Verständnis der dortigen Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber verdanke. Dr. Rotter refirmierte seine Ausführungen dahin, daß die Gelben nicht berufen sind, den Namen Arbeiterorganisation zu tragen, sie sind reine Streikbrecherorganisationen, die das Vorwärtstreben der freien Gewerkschaften lähmen. In neuerer Zeit haben sie sich zusammengeschlossen zu einem „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, der sich unter die Fittiche des Reichserverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geschlichtet hat, derselben Vereinigung, die die eigentliche Kriebfeder der letzten sogenannten Buchhausvorlage war. Redner

nahm noch Bezug auf Rehäusers Neutralitätsbroschüre. Er sagt, hier habe Rehäuser seiner Meinung nach den richtigen Weg gezeigt, der sich allerdings im nächsten Jahrzehnt noch nicht verwirklichen lasse und schloß: was uns not tut, ist eine einheitliche Arbeiterorganisation auf dem Boden der freien Gewerkschaften über ganz Deutschland. Langanhaltender, wohlverdienter Beifall lohnte den Redner. In diesen Worten knüpfte sich eine kurze Debatte, in der hervorgehoben wurde, daß auch in unserm Gewerbe schon Wülflieders Veruche gemacht wurden, aber an dem gesunden Sinne der Buchdrucker scheiterten. Nachdem dann die Versammlung die Überführung unsrer Bibliothek in eine neu zu schaffende Zentralbibliothek des Kostenpunktes halber abgelehnt hatte, gab der Vorsitzende noch bekannt, daß Kollege Weismann zu diesemmaligen Schwurgerichtsperiode als Geschworener ausgelost worden sei. Zum Schlusse sei noch zur Warnung mitgeteilt, daß ein junger Kollege von auswärts bei einer hiesigen Firma in Kondition trat, obwohl ihm auf seine Anfrage vom hiesigen Vorsitzenden der Vorwurf angetragen wurde. Damit nicht genug, übergab dieser Kollege dem betreffenden Prinzipale den Brief, den er vom Vorsitzenden erhalten hatte. Auf erhobene Beschwerde beim Zentralvorstand erklärte dieser den betreffenden Kollegen seiner Mitgliedsrechte auf ein halbes Jahr für verlustig. (Anmerkung des Schriftführers. Obwohl sich die hiesige Vorstandschaft alle Mühe gibt, die Versammlungen durch hochinteressante Vorträge recht anregend zu gestalten, so finden es immer noch eine Anzahl Mitglieder nicht für nötig, sich einmal in der Versammlung sehen zu lassen. Auch dieser Vortrag hätte einen bessern Besuch verdient. Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Pflichten darf nicht von irgendwelchen Zufälligkeiten abhängig gemacht werden. Hoffentlich bedarf es nur dieses Anstoßes, daß möglichst alle Kollegen mitwirken am Kulturwerk unsrer Organisation zum Segen der Allgemeinheit.)

Schmalstaden. In der am 23. Mai abgehaltenen Ortsvereinsversammlung konnten wieder zwei neue Mitglieder aufgenommen werden, so daß die Mitgliederzahl auf 28 gestiegen ist. Das diesjährige Johannistfest wird in Gestalt eines Kommerzes gefeiert werden, wozu die hiesige Stadtapelle engagiert wird. Damit bei solchen Festlichkeiten die Lasten aus der Vereinskasse bestritten werden können, ist beschloffen worden, den Ortsvereinsbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen. Das Zahlen von Walfum an durchreisende Kollegen kommt fernerhin in Wegfall. Der dahingehende Antrag wurde damit begründet, daß durch Gauverfammlungsbeschluß die Verbandsbeiträge in Zukunft portofrei einzulassen sind, wodurch der ohnehin kleine Kassenbestand des hiesigen Ortsvereins noch mehr reduziert werde. Nach dem Drudorte Brotterode wird ein Ausflug unternommen, bei welchem das Ungemache mit dem Nützlichen infosern verbunden werden soll, indem man versuchen will, die in genanntem Orte lebenden Kollegen zur Annäherung zum Verbandszuge zu bewegen. Schließlich kam zur Kenntnis, daß die Prinzipale tags vorher sich zu einer Konferenz zusammengefunden hatten, um einheitliche Preise für Drucksachen festzusetzen. Es ist dies Vorgehen mit Freuden zu begrüßen, da dasselbe geeignet ist, manche Preisbrüderlei aus der Welt zu schaffen; die Verhältnisse haben sich in den hiesigen maßgebenden Druckereien im Vergleiche zu den früheren Jahren sehr zugunsten der Gehilfenchaft

geändert. Wenn auch noch da und dort Rückständigkeit zu verzeichnen sind, so ist doch anzunehmen, daß diese über kurz oder lang andern Verhältnissen den Platz räumen müssen.

S. Strasburg i. E. (Außerordentliche Mitgliederversammlung vom 16. Mai.) Nach erfolgter Einleitung der Versammlung durch Aufnahme drei neu ausgewählter Kollegen hielt Arbeitersekretär Frz. Keller einen sehr interessanten und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die geistliche Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung“. Leider muß auch hierbei wieder die Interesselosigkeit der Mehrzahl unsrer Mitglieder an belehrenden Vorträgen konstatiert werden, denn die Versammlung hatte einen sehr schwachen Besuch aufzuweisen. Ein Bericht von der Gauversammlung wurde nicht gemünst, da die dabei gefaßten Beschlüsse im „Kor.“ veröffentlicht waren. Das Johannistfest soll dieses Jahr durch einen Kommerz und Überreichung der Diplome an diejenigen Kollegen des Ortsvereins, welche eine 25jährige und längere ununterbrochene Organisationszugehörigkeit aufzuweisen haben, sowie durch ein Gartenfest gefeiert werden. Der Vorstand und eine fünfgliedrige Festkommission werden mit der Arrangierung des Festes beauftragt.

Rundschau.

Die Fertigstellung des Technologielexikons soll mit Unterstützung des Deutschen Reichs, des preussischen Staats, ausländischer Regierungen, des Vereins Deutscher Ingenieure und einer großen Verlagsanstalt erfolgen. Damit dürfte das ins Stocken geratene Unternehmen, für das der Verein Deutscher Ingenieure schon ungefähr eine halbe Million Mark aufgewendet hatte, gesichert sein.

Die Unterzeichnung von Spezialsartikeln mit gefälschten Namen ist nach einer im Saargebiet geführten Gerichtsverhandlung Urkundenfälschung. Ein in diesem Falle als Verfasser ermittelter Lehrer erhielt eine Freiheitsstrafe.

Eine monopolistische Erpressung wird im Organe der Deutschen Zeitungsverleger die Tatsache genannt, daß ihre amerikanischen Kollegen dem dortigen Papiertrust jährlich nicht weniger als 20 Millionen Dollar mehr bezahlen müssen als unter normalen Preisverhältnissen.

Eine amerikanische Sechsmaschinenstatistik vom Januar d. J. weist in 578 Druckorten 9787 Maschinen nach. Da vor drei Jahren die gleichen Ermittlungen vorgenommen wurden, so läßt sich eine Zunahme von 1835 Sechsmaschinen feststellen, neue Systeme umfassend. Diese sind: Linotype, Monotype, Simplex, Monoline, Rogers Typograph, Empire, Thorne, Linotype junior, Wellows Compositör. Die Graphotype ist von der Wilschläche verschwunden. Abschätzungsweise hat die Linotype die größte Zunahme gefunden (1620). Relativ ist die Monotype jedoch am meisten vorwärts gekommen, nämlich um 175 Proz.

Briefkasten.

Br. Sch. in Dresden: 1,80 Mk.
Berichtigung: In dem Versammlungsberichte von München in Nr. 62 muß es heißen Söldner statt Söldner.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Auf Wunsch konstatieren wir hiermit, daß die in Nr. 56 des „Kor.“ enthaltene Notiz, wonach „vor der Annahme von Konditionen in Bezug auf Riga (hier kommt speziell die Firma „Gutenbergs“, Inhaber Gustav Kalnin, in Betracht) Erwidrigungen bei Artur Prumitz, Riga, Mühlenstraße 104, einzuziehen sind“, nicht von dem Kollegen Prumitz herkommt, sondern von anderer Vertrauensseite mit dem Gesuchen um Veröffentlichung uns mitgeteilt wurde. Gleichzeitig weisen wir aber nochmals darauf hin, daß bei Konditionsangeboten aus den russischen Ostseeprovinzen nach wie vor in allen Fällen Erwidrigungen bei dem Kollegen Artur Prumitz, Mühlenstraße 104, D. 19, eingezogen werden müssen.
Berlin. **Gauverwaltung.**

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Dortmund die Geier 1. Richard Pape, geb. in Dortmund 1876, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied; 2. Herm. Armonat, geb. in Stallupönen 1877, ausgel. in Dortmund 1896; 3. Wilh. Walter, geb. in Waden 1890, ausgel. in Dortmund 1908; 4. der Drucker Germ. Rotermund, geb. in Dortmund 1889, ausgel. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — In Hamm i. W. der Geier Johannes Simon, geb. in Oberkirchen 1880, ausgel. in Hamm i. W. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Soest 1. der Geier Karl Gvers, geb. in Soest 1889, ausgel. das. 1907; 2. der Drucker Karl Lange, geb. in Soest 1887, ausgel. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In Linna der Schweizerbege Phil. Drechsman, geb. in Wocholt i. W. 1890, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Aug. Schipper in Dortmund, Hauptstraße 72, I.

In Mühlfberg (Elbe) der Geier Wilh. Buchwald, geb. in Klein-Neundorf (Kr. Löwenberg) 1889, ausgel. in Löwenberg (Schlesien) 1907; war noch nicht Mitglied. — Otto Wagner in Wittenberg, Tischstraße 1c.

Adressenveränderungen.

Sandshut. Raffierer: L. Meinl, Neustadt 454, III.

Arbeitslosenunterstützung.

Danzig. Dem Geier Otto Seifert ist angeblich in Dirschau am 16. Mai sein Verbandsbuch (Gauptbuchnummer 3503, Schlesien 2008) abhanden gekommen. Beim eventuellen Vorzeigen wollen die Funktionäre das Buch abnehmen und an die hiesige Ortsvereinsverwaltung senden.

Versammlungskalender.

Arnstadt. Versammlung Freitag, den 5. Juni, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, „Mehrsant Zimmer“.
München. Außerordentl. Mitgliederversammlung Freitag, den 5. Juni.
Schlesien. 21. Ordentliche Hauptversammlung am 8. und 9. August in Breslau. Anträge sind bis zum 7. Juli an den Vorbergeber, Breslau II, Lohstraße 7, Gartenhaus III, einzureichen.

Zum baldmöglichsten Eintritte wird von Leipziger Kunst ein in allen Fächern der Stereotypie durchaus tüchtiger

Stereotypen

gefesten Alters in dauernde Stellung gesucht.
Werte Offerten mit Zeugnisabschriften, Angabe des eventuellen Eintrittstages und der Ansprüche nimmt die Geschäftsstelle d. Bl. unter 157 entgegen.

Große Tageszeitung (Morgenblatt) Mitteldeutschlands sucht für 32seitige Maschine (König & Bauer) einen tüchtigen

Rotationsmaschinenmeister.

Bewerber, die über erfolgreiche Tätigkeit an solchen Maschinen Nachweise erbringen können und guten Druck liefern, wollen Offerten unter Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche und Weisung von Zeugnisabschriften unter N. 7911 einsenden an **Saasenstein & Wogler, A. G., Berlin W 8.** [153]

Junger Setzer = Stereotypen

sucht dauernde, angenehme Stellung. Berlin oder Umgegend bevorzugt. Werte Offerten erb. unter O. W. 88 postlagernd Magdeburg - A. [154]

Tüchtige, an exakten Arbeiten gewöhnte Christgießer

an die Foucaultmaschine Typo II in dauernde Absichten gesucht. W. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten an die **Bauerschle Gießerei, Frankfurt a. M.** [149]

Galvanoplastiker

(Präger) sofort gesucht. [190] **Karl Kind jr., Bielefeld.**

Tüchtiger, junger Mechaniker

der schon in einer Schriftgießerei tätig war, gesucht. Bewerb. mit Angabe der Lohnanpr. und Weisung der Zeugnisabschr. erbeten an **Gebr. Klingner, Offenbach a. M.** [187]



Älteste, größte Kinderwagenfabrik Sachsens und einzige deutsche, welche direkt mit Familie arbeitet und umsonst buntfarbigen Prachtkatalog Ihnen sendet, ist

Julius Treubar, Grimma 626. [587]

Güte in allen Preislagen bei Weidner, Verbandsmitglieder erhalten 5 Prozent Rabatt.

Kollegen oder Vereine welche die besten Christgießerkarten verwenden wollen, möchten ihre Bestellungen recht bald aufgeben. Proben werden auf Wunsch gratis zugesendet. **E. Böde. Mey, Briegerstraße 1.**

JOHANNISFEST-DRUCKSACHEN-AUSTAUSCH 1908.

vermittelt **A. Küttner, LEIPZIG-N., Eisenbahnstraße 11.**
□ PROSPEKT UND BESTELLKARTE bitte zu verlangen. □

Das Ergebnis meiner Umfrage ist, daß die Besprechung der Arbeiten fast einstimmig gewünscht wird. Daraufhin haben sich zwei Leipziger Kollegen, die Herren **EMIL WETZIG** und **MAX FIEDLER**, zur Durchprüfung des eingesandten Materials freundlich bereit erklärt, und zwar wird Herr **WETZIG** im allgemeinen den Satz, Herr **FIEDLER** den Druck behandeln. Nur voll eingesandte Auflagen können dabei Berücksichtigung finden. — Das Resultat liegt den Kollektionen seinerzeit gedruckt bei. **A. KÜTTNER.**

Johannisfest! Postkarten, Buchdruckerfarben.

Muster zur Ansicht! **Haus & Pöhl, Leipzig 102.** [155]

Johannisfest 1908. 16. bis 20. Tausend von Typographisches Allerlei.

Preis 1 Mk. Porto 10 Pf. [151]
Katalog umsonst.
Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

Der Galvanoplastiker O. Paul wird hiermit aufgefordert, seinen Beschäftigten dem Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker von Dresden mit endlich nachzukommen, andernfalls weitere Schritte unternommen werden müssen. [152] **Ernst Scherber, Dresden, Friedrichstr. 59, I.**

Anhang zum Tarife von Konrad Gübler, Leipzig, Salomonstr. 8.

Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bedingungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Mitgliedschaft Großenhain.

An erster Notierung, 10 Mk. im Stadtparkrestaurant. **Grüschopp.** [156]

Geschäftsempfehlung!

Meinen werthen Kollegen von Neustadt, Landau, Makkamer, Edenkoben, Dürkheim, Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe zur ged. Kenntnisnahme, daß ich den von vielen Fremden frequentierten

Neustadter Ratskeller

übernehmen habe. Naturelle Weine und Flaschenweine nebst einem prima Stoff aus der Brauerei Sinner (Grünwinkel). Bekannt gute Küche. Indem ich bitte, mir das im „Anker“ entgegengebrachte Wohlwollen auch auf mein jetziges Unternehmen übertragen zu wollen, zeichne mit kollegialen Gruß **I. V.: Wilh. Zänglein** [150] Neustadt (Rheinpfalz), Kellereistraße.

Richard Härtel, Leipzig - R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) **Kohlgartenstrasse 45** (neuert frant)

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Der Faktor.** Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 4 Mk. Nachlieferung der Buchdruckerei deutschsprachige Bearbeiter von Dr. Konrad Duden, 1,60 Mk.

Adressen für Zusendungen

an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ für Artikel u. Korrespondenzen: **Ludwig Rehäuser, „Rundschau“ und Geschäftsstellen: Willi Gerh., Verbandsnachrichten, Zureiter, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Böllig, sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.**